heute nachmittag im Palais Zinzendorfstraße eine größere Tafel statt. Zu derselben sind nachgenannte Herren eingeladen worden: Ihre Excellenzen der Staatsminister, Minister des Königl. Hauses v. Nostitz-Wallwitz, Wirkl. Geh. Rat v. Tschirschky und Oberhofmeister Wirkl. Geh. Rat v. Watzdorf, ferner Oberschenk Graf Einsiedel, Hofmarschall v. Carlowitz, Präsident der Oberrechnungskammer v. Schönberg, Geh. Rat Heymann, Geh. Rat Bodel, Generalmajor v. Minckwitz, Oberst Edler v. d. Planitz, Oberst Hingst, Oberstleutnant v. Broizem, Ober- und Corpsauditeur Justizrat Dr. Lehmann, Major Rosenmüller, Major d'Elsa, Hofrat Dr. Erbstein, Professor Dr. Lücke und Premierlieutenant Leuthold.

Dresden, 21. März. Vom Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen gelangte heute das 4. und 5. Stück zur Ausgabe. Das 4. Stück enthält: Verordnung, die weitere Ausführung des Reichsgesetzes über die Gewerbegerichte betreffend; Bekanntmachung, die Konzessionierung der Versicherungsgesellschaft Alemannia zu Leipzig betreffend; Bekanntmachung, die Errichtung von Königl. Eichämtern in Zwickau und Bautzen betreffend, Verordnung, die Abtretung von Grundeigentum zum Baue der Pirna-Dohma-Großcottaer Eisenbahn betreffend; Verordnung, eine Abänderung der zu Ausführung des Gesetzes, betreffend die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung unbeweglicher Sachen, erlassenen Verordnung vom 16. August 1884 enthaltend, Verordnung, die bei den Landesirrenanstalten, dem Landeskrankenhause (einschließlich Siechenabteilung) und dem Landeshospitale zu entrichtenden Verpflegbeiträge betreffend; Verordnung, die bei der Heil- und Pfleganstalt für Epileptische zu Hochweitzschen abzuentrichtenden Verpflegbeiträge betreffend, Verordnung, die bei den Landesanstalten für Blinde, für schwachsinnige und für sittlich gefährdete Kinder abzuentrichtenden Verpflegbeiträge betreffend, und Verordnung, die Verpflegbeiträge für Gefangene der Landesstrafanstalten betreffend. Das 5. Stück enthält die Verordnung, betreffend die Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung.

* **Berlin**, 20. März. Se. Majestät der Kaiser nahmen heute mittag die Meldung des zum Wirkl. Geh. Rat ernannten Hrn. v. Unruhe-Bomst entgegen und empfingen hierauf den Geh. Oberregierungsrat Frhr. v. Wilmowski behufs Rückgabe der Orden seines verstorbenen Vaters, des einstigen Chefs des Militärkabinetts weil. Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm I.

— Zu einem Artikel: „Mit leeren Händen“ widmet die „Köln. Ztg.“ der durch den negativen Ausgang der Kommissionsberatungen über die Militärvorlage geschaffenen Lage eine längere Betrachtung, in welcher das rheinische Blatt u. a. sagt:

„. . . . Trotz dieses dürren Ergebnisses sind die Kommissionsberatungen nicht erfolglos gewesen. Selbst unter den ausgesprochenen Gegnern der Vorlage hat sich die Überzeugung Bahn gebrochen, daß die militärischen Forderungen einem wohldurchdachten, groß veranlagten, weitblickenden und reiflich ausgestalteten Plane entstammen, daß die verbündeten Regierungen sich alle Mühe gegeben haben, diese Forderungen auf das knappste Maß zusammenzudrängen, von dem hier und da wohl noch manches abgestrichen werden kann, die aber in ihren wesentlichen Zügen ein einheitliches und untrennbares Ganzes bilden, und nicht minder, daß die verbündeten Regierungen sofort aus freien Stücken bedeutende Volksentlastungen angeboten haben, die lange Jahre den wichtigsten Punkt der politischen Kämpfe in Preußen und im Reiche bildeten und deren nahe Erreichung bis vor kurzem noch für ganz unwahrscheinlich gehalten wurde.

Nicht minder kann als ein Erfolg der Kommissionsberatung die plötzliche Bekehrung eines großen Teils der konservativen Partei für die Vorlage gelten, die ursprünglich gerade von diesen Herren am heftigsten und hitzigsten bekämpft worden war. Auch in jenen militärischen Kreisen, in denen anfänglich sich mannigfacher Widerspruch geltend machte, sind an der Hand der bisherigen Darlegungen immer mehr die großen Vorteile der vorgeschlagenen Neugestaltung des Heeres zur Erkenntnis gekommen; selbst der einzige militärische Sachverständige, den der Freisinn besitzt, ist aus einem Saulus ein Paulus geworden und sieht, da er aus seiner ehrlich gewonnenen Überzeugung kein Hehl macht, in der Erwartung der Dinge, da demnächst ein „Ausgestoßener“-Urteil über ihn beschlossen wird.

Als wesentlichsten Erfolg der Kommissionsberatungen aber erkennen wir die offensichtliche Verstimmung der öffentlichen Meinung, die von Tag zu Tag lauteren und allgemeineren Ausdruck findet, und die sicherlich während der bevorstehenden parlamentarischen Osterferien sich noch vertiefen wird. Diese Wahrnehmung, die wir seit Wochen auf Grund mannigfaltiger Anzeichen und Berichte zu unserer aufrichtigen Freude machen konnten, ermutigt uns, nach wie vor die Hoffnung aufrecht zu erhalten, daß schließlich doch noch selbst in diesem Reichstage, wie er augenblicklich in so beklagenswerter Weise zusammengesetzt ist, sich einsichtige Männer des politischen Lebens zusammenfinden werden, die wenigstens den Regierungen ein so ausreichendes Angebot machen werden, daß diese ihre Besorgnisse wegen der jetzigen ungenügenden Ausreichheit unserer Streitkräfte werden aufgeben können. Wie je[doch] ist freilich noch nicht zu übersehen, aus welchen Parteien eine solche Mehrheit sich wird bilden können. Die Abgg. Richter und Lieber haben die Mitglieder ihrer beiden Fraktionen für ihre eigenen Standpunkte derart zu fesseln und zu binden versucht, daß es vorerst noch sehr zweifelhaft ist, ob einzelne Mitglieder sich bis zu einer Verständigung die Hand bieten werden. Das Zentrum, das bisher sich stets öffentlich gerühmt hatte, keinen Fraktionszwang zu kennen, scheint ihn in dieser Frage, die noch dazu eine Erfüllung langgehegter politischer Forderungen wichtigster Art mit sich bringt, in schärfster Schärfe ausüben zu wollen. Angesichts dieser Sachlage war der Vermittelungsversuch des Hrn. v. Bennigsen von vornherein aussichtslos . . . . Nachdem die verbündeten Regierungen durch amtliche, öffentliche Erklärungen, die ihre Kraft selbst dann nicht verlieren, wenn die einzelnen Personen, die diese Erklärungen abgegeben haben, von ihren Ämtern zurücktreten sollten, vor der Welt festgestellt haben, daß die deutsche Wehrmacht nicht mehr in einer Verfassung ist, die unter allen Umständen und mit aller Zuversicht die Überlegenheit jedem ausländischen Feinde gegenüber verbürgt, nachdem diese Erklärungen von allen maßgebenden deutschen militärischen Autoritäten als zutreffend bestätigt worden sind, würde eine Ablehnung der zur Wiederherstellung dieser für die Erhaltung des europäischen Friedens unbedingt notwendigen Heeresforderungen seitens des Deutschen Reichstages eine Schwächung des Ansehens und der Machtstellung unseres Reiches nach sich ziehen, welche die allergrößten Gefahren mit sich führen würde. Wir unterlassen es heute, diese Gefahren im einzelnen zu schildern; noch vertrauen wir der politischen Einsicht des deutschen Volkes, daß es sie von selbst erkennen und mit einem mächtigen Griffe die Netze bindender Parteileidenschaft zerreißen wird.“

— Die innere Notwendigkeit einer den Zeitverhältnissen entsprechenden Fortbildung unserer nationalen Wehreinrichtungen, wie solche mittelst der von den Oppositionsparteien fanatisch bestrittenen Militärvorlage erstrebt wird, ist schon oft und schlagend nachgewiesen, sodaß, wenn nur ehrlich d. h. mit Gründen gekämpft würde, an dem parlamentarischen Erfolg der Vorlage schon längst kein Zweifel mehr bestehen könnte. Leider ist dem nicht so. Statt mit Gründen zu kämpfen, führt die Opposition Vorurteile, Unterstellungen, dialektische Kunstgriffe aller Art ins Feld und hat es selbst dahin zu bringen gewußt, daß auch die gutachtlichen Urteile unserer sachverständigsten Autoritäten von Bemängelung nicht verschont bleiben. Deshalb sei nachfolgend eine fachmilitärische Stimme aus Frankreich, die sich in dem Armeeblatt „L'Avenir militaire“ vernehmen läßt, angeführt, welche vielleicht, weil sie aus Feindesmunde kommt, den Zweiflern, die an der Spitze unserer Opposition gegen die Militärvorlage stehen, zu denken giebt. Das genannte Pariser Fachblatt stellt an die Spitze seines neuesten, dem in Ausarbeitung begriffenen französischen Cadresgesetze gewidmeten Artikels den Satz: „Es ist uns unmöglich, den Deutschen auf dem Wege der Erhöhung des Effektivstandes zu folgen“; um aber doch nicht dem militärischen Stillstande und folglich der Versumpfung der Armeeverhältnisse zu verfallen, redet der „Avenir militaire“ einer möglichst sorgfältigen Pflege der Qualität das Wort. Wir können die bezüglichen Darlegungen auf sich beruhen lassen. Das uns zumeist angehende Moment ist einmal das Eingeständnis, daß Frankreich schon jetzt jeden waffenfähigen Mann — und zwar das Wort „waffenfähig“ im weitesten begrifflichen Umfange genommen — dem stehenden Heere einverleibt, und eben dadurch einen außerordentlichen Vorsprung vor dem militärischen status quo Deutschlands erlangt hat, dann aber das nicht rastende Bestreben Frankreichs, die Armee, nach Erreichung der extensiven Maximalgrenze, nun auch in intensiver Richtung zu größtmöglicher Leistungsfähigkeit zu vervollkommnen. Und nun wolle man mit diesem militärischen Eifer der Franzosen das Verhalten unserer armeefeindlichen Opposition vergleichen. Wenn es nach den Intentionen der letzteren ginge, so würde die bei uns nicht nur jede, auf Verstärkung unserer nationalen Wehrkraft abzielende Thätigkeit von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt sein, nein, das Heer würde auch von seinem jetzigen Stande positiv herabgedrückt werden — Beweis dessen die oppositionelle Zumutung der Einführung zweijähriger Dienstzeit ohne irgend welches Gegengewicht. Weiter aber könnte die Kundgebung im „Avenir militaire“ die Gegner unserer deutschen Militärvorlage belehren, daß wir mit Durchführung dieser Vorlage nach dem eigenen Eingeständnis des genannten Fachblattes unsere Wehrverfassung auf einen Höhegrad bringen, dessen Einholung für die Franzosen ein Ding der Unmöglichkeit sein wird. Andererseits aber wird, wenn Frankreich erst den qualitativen Durchbildungsprozeß seiner Wehreinrichtungen auf die Höhe seines quantitativen gehoben haben wird, ohne daß wir die bessernde Hand an die Mängel und Lücken der eigenen Wehrverfassung zu legen uns haben entschließen können, die Gegner der Militärvorlage in der Stunde der Gefahr mit voller Wucht die Anklage treffen, durch ihr Treiben das Vaterland um die Bürgschaften betrogen zu haben, welche es gegen feindlichen Übermut schützen sollten.

— Die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik wurde heute in Anwesenheit des preußischen Landwirtschaftsministers v. Heyden im größten Hörsaale der Universität eröffnet und wählte auf Vorschlag des Abg. Sombart den Professor Schmoller zum Präsidenten. Dieser leitete die Verhandlungen mit einer kurzen Ansprache ein, worin er im Hinblick auf den ersten Gegenstand der Tagesordnung bemerkte: Die Erhaltung des Bauernstandes schließe die ganze Zukunft der landwirtschaftlichen sozialen Frage in sich. Der Redner legte das Verhältnis des Vereins zu den Parteien dar; die Gesellschaft müsse über den Parteien und den Klassen und nur im Dienste der Wahrheit und Wissenschaft stehen.

Professor Knapp-Straßburg referierte über die ländliche Arbeiterfrage und die deutschen Binnenwanderungen. Er charakterisierte die drei verschiedenen Landdistrikte Norddeutschlands: Westfalen mit seiner Heuerlingsverfassung, Niedersachsen mit seinen Vollbauern, Halbbauern, Kötern, Anbauern und Häuslern, endlich die Provinzen östlich der Elbe, in denen keine gleichförmigen Verhältnisse bestehen und neben Bauerndörfern die Rittergüter das Vorherrschende sind. Der Redner ging auf das Instenwesen näher ein. Dieses Instenverhältnis habe keine Zukunft mehr. An Stelle des Naturallohnes trete die kapitalistische Landwirtschaft, Geldlohn. Und hier sind es die slawischen Landarbeiter, die mit wahren Hungerlöhnen vorlieb nehmen und den besseren deutschen Arbeiter verdrängen oder ihn zu niedrigeren Lohn herunterdrücken. Der Redner unterzog dann die Besserungsvorschläge einer Kritik und führte aus, daß eine Umwandlung der Insten in Heuerlinge ebenso wenig durchführbar sei, wie in Häusler, d. h. in freie Landarbeiter mit eigenem Heim. Des weiteren behandelte der Referent die Umwandlung der bäuerlichen Verfassung im Wege der inneren Kolonisation. Hier habe es sich gezeigt, daß die Arbeiterkolonie mißlinge, während die Bauernkolonie gelinge. In dieser Beziehung habe das staatliche Kolonisationswerk eine große Zukunft. Nach Ansicht des Redners darf eine Zerschlagung des Großgrundbesitzes nur da erfolgen, wo ohnedies der Untergang durch Zwangsverkauf bevorstände. Eine große Zahl von Besitzern würde bestehen bleiben, es würde nur der kleine Betrieb neben dem großen wieder aufleben. Unser Osten würde sich stufenweise ein wenig verwestlichen, was er ja in jeder Beziehung nötig habe. Wir werden dann zu einer größeren Gleichförmigkeit in unserem Vaterlande gelangen. Der Großbesitzer wäre sehr wohl vereinbar mit dem Zuwachs an Bauern, mittleren Landwirten und mit Landarbeitern, die nicht mehr Insten sind. Das sei der Sinn der inneren Kolonisation. (Beifall.)

Hierauf referierte Unterstaatssekretär a. D. Dr. v. Mayr-Straßburg über die Statistik der deutschen Binnenwanderung und legte an der Hand einer Tabelle eingehend den Abgang einheimischer Arbeiter durch Sachsengängerei und Auswanderung in den östlichen Provinzen Preußens im Jahre 1892 dar.

Privatdozent Dr. Weber-Berlin referierte über die Enquete, und Abg. Graf v. Kanitz-Podangen berichtete über die ländliche Arbeiterfrage vom praktischen Standpunkte aus.

Hiernach erstattete Prof. Fahlbeck einen ausführlichen Bericht über die Entstehung und Entwickelung der Landarbeiterfrage in Schweden.

Prof. Scharling-Kopenhagen hat Mitteilungen über die dänischen Verhältnisse schriftlich eingesandt.

In der Diskussion verteidigte Dr. Kaercher die Enquete gegenüber den Angriffen eines Vorredners und leitete aus den angestellten Ermittelungen die Folgerung ab, daß eine ländliche Arbeiterfrage im wesentlichen nur vom Standpunkt des Arbeitgebers vorhanden sei. Als Mittel der Lösung empfiehlt er die Übertragung der Heuerlingsverfassung nach dem Osten; diese Einführung würde allerdings Jahrzehnte erfordern. Auch Dr. Kaercher ist der Meinung, daß ein Verbot der Zulassung polnischer Arbeiter in Aussicht zu nehmen sei. Abg. Sombart hält es nach seinen Erfahrungen für richtig, daß man sich nur an die Arbeitgeber gewandt habe, weil die Arbeiter im allgemeinen in ihrem Mißtrauen kaum die Wahrheit gesagt hätten, dagegen wäre es gut gewesen, die Ärzte auf dem Lande zu befragen. Die Einführung des Heuerlingswesens auf den Rittergütern wäre bedenklich, weil nach unseren gesetzlichen Verhältnissen die Pächter kommunal und sozial nicht vertreten sein würden. Das Bestreben der Leute sei darauf gerichtet, ein Eigentum zu erwerben.

Landrat v. Werther-Halle führte aus, daß die ländlichen Arbeiterverhältnisse in der Provinz Sachsen, wenigstens vom Standpunkt der Arbeitgeber aus, die schlechtesten wären, und zwar schwieriger für den Kleinbetrieb als für den Großbetrieb. Das Heuerlingswesen sei nicht mit einem landwirtschaftlichen Betrieb vereinbar. Erstrebt werden müsse eine gesetzliche Regelung des ländlichen Arbeitsvertrages. Der Verband sächsischer Arbeitgeber habe einen Entwurf ausgearbeitet, der den gesetzgebenden Körperschaften überreicht werden soll. Darin sollen die beiden Kontrahenten gleichgestellt, aber auch in der Erfüllung der Pflichten gleich behandelt, und die Arbeiter nicht auf einfachen Geldlohn gestellt, sondern mit einer Quote am Gewinn beteiligt werden. Damit will man die Vorteile des Heuerlingswesens erreichen und die Kollision der Interessen vermeiden.

Geheimrat Conrad-Halle erklärt, daß die Lage der ländlichen Arbeiter sich außerordentlich verbessert und die Einführung der Maschinen keineswegs destruktiv gewirkt habe; der Großgrundbesitzer sei nur nicht mehr in der Lage, so viele kräftige Leute zu beschäftigen wie früher. Ferner ging er auf die Sachsengängerei ein und betonte, daß die Verschiebung zu Gunsten der Polen gerade in den Rübengütern geschehe, wo immer die besten deutschen Arbeiter sich durch Auswanderung verminderten.

Dr. Schönlank versicherte, daß er von seinem (sozialdemokratischen) Standpunkte über die Ergebnisse der Enquete ganz befriedigt sei, und trat dafür ein, daß die ländlichen Arbeiter auf denselben Boden gestellt würden, wie die gewerblichen. Dem gegenüber wies Geheimrat Thiel auf den fundamentalen Unterschied der Landwirtschaft und der Industrie hin; im ländlichen Betriebe sei der Arbeiter gleichzeitig Unternehmer und könne dadurch eine bessere Position erringen. Wenn das durch die innere Kolonisation möglich sei, so brauche man für diese Leute die Koalitionsfreiheit gar nicht. Zum Schluß machte Geh. Rat Thiel einige befürwortende Bemerkungen zu Gunsten der Wanderarbeit.

yy **Weimar**, 20. März. Se. Königl. Hoheit der Großherzog empfing am Freitag abend Se. Kaiserl. Hoheit den Großfürsten Konstantin Konstantinowitsch bei dessen Ankunft von Berlin auf dem Bahnhofe und geleitete den hohen Gast ins Schloß. Der Großfürst verweilte Sonnabend und Sonntag im Kreise seiner hohen fürstlichen Verwandten und setzte heute die Reise nach Stuttgart fort. — Thüringische Blätter berichten von dem bevorstehenden Rücktritte des Chefs des Finanzdepartements im Großherzogl. Staatsministerium, Geh. Rat Vollert. Eine offizielle Bestätigung dieser Angaben liegt nicht vor. Vollert steht seit nahezu 50 Jahren im Staatsdienste und leitet seit 1882 das Weimarische Finanzwesen.

Wien, 20. März. Das Abgeordnetenhaus hat heute die Präsidentenwahl vorgenommen und, wie schon im voraus feststand, den bisherigen ersten Vizepräsidenten Frhrn. v. Chlumecky zum Präsidenten gewählt. Eine bessere Wahl hätte auch nicht getroffen werden können, denn Chlumecky verbindet im hohen Grade parlamentarische Erfahrung und Gewandtheit mit persönlicher Liebenswürdigkeit und konziliantem Wesen, und die Makellosigkeit seines Charakters ist bei allen Parteien unbestritten. Dennoch vermochten es manche Gruppen des Hauses auch bei dieser Wahl nicht über sich zu bringen, die Parteigegensätze schweigen zu lassen. Die Jungtschechen und ein Teil der oberösterreichischen Klerikalen enthielten sich der Abstimmung. Deswegen wurde auch Frhr. v. Chlumecky nicht einstimmig gewählt, sondern erhielt 224 von 250 abgegebenen Stimmen. 24 Stimmzettel waren leer. Frhr. v. Chlumecky wird infolge der Wahl zum Präsidenten genötigt sein, seine Stelle im Vorstande der Vereinigten deutschen Linken niederzulegen, da die hiermit verbundene starke Betonung der Parteistellung allgemein als mit der Präsidentenwürde unverträglich angesehen wird. An seine Stelle dürfte Graf Kuenburg in den Vorstand der Linken gewählt werden. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Kathrein mit 202 von 243 Stimmen, zum zweiten Vizepräsidenten Madeyski mit 184 von 207 Stimmen gewählt. Bei der letzteren Wahl enthielt sich ein Teil der Konservativen der Stimmabgabe. Beide Vizepräsidenten nahmen dankend die Wahl an. . . . . Der heutigen Sitzung brachte der Abschluß der Finanzgesetzdebatte noch eine bemerkenswerte Rede Pleners. Plener verlangte, die Tschechen sollen ihre Forderung nach Anerkennung des tschechischen Staatsrechtes in die Form eines Antrages kleiden, damit man wisse, worin die Forderung eigentlich bestehe. Über den jungtschechischen Antrag auf Einführung des allgemeinen Stimmrechtes erklärte Plener, Österreich sei für das allgemeine Stimmrecht nicht reif, solange nicht der Nationalitätenkampf zum Stillstande gebracht sei.

⁂ **Paris**, 19. März. Der Tod Ferrys hat nach den von Nord und Süd einlaufenden Berichten in der Provinz nicht weniger Aufregung als in Paris hervorgerufen. Am lebhaftesten äußerte sich dieselbe natürlich in den Vogesen, der engeren Heimat des Verstorbenen; auch in Bordeaux gab sich große Teilnahme kund. In den politischen Kreisen von Paris werden die wahrscheinlichen Folgen des Ereignisses eifrig erörtert, und obgleich die Radikalen erklären, die Lage habe sich nur zum Nachteil der Opportunisten, die ihren angesehensten Führer verlieren, geändert, so begreift doch alle Welt, daß das Verschwinden dieses Mannes für die ganze zu der bestehenden Republik haltende Partei üble Wirkungen haben könnte. Im Senat war gestern schon viel die Rede davon, wer Ferry im Vorsitz ersetzen werde. Zunächst drängten sich die Namen Magnins und Challemel-Lacours, die schon vor drei Wochen neben Ferry in Vorschlag gebracht wurden, auf. Challemel-Lacour erklärt jedoch, daß er sich nicht wieder bewerben wolle, und Magnin findet einen Nebenbuhler in Constans, der durch seine jüngste Rede im Senat wieder in den Vordergrund gestellt worden ist — einen Nebenbuhler wider Willen, denn Constans soll sich persönlich wenig geneigt zeigen, die Erbschaft Ferrys zu übernehmen. Auch seine Freunde halten zum guten Teil dafür, daß er weniger im Senat als im Ministerium bei den bevorstehenden Wahlen an der rechten Stelle wäre. Eine bestimmte Lösung wird diese Frage erst nach der auf Mittwoch festgesetzten Leichenfeier Ferrys finden.

* **Paris**, 20. März. Ministerpräsident Ribot hat dem Beamten im Ministerium des Innern Dupas, der die Verhandlungen mit Arton in London

---

[illegible], um den früheren freundschaftlichen Verkehr womöglich wieder herzustellen. Aber sein Vorhaben gab er damit nicht auf; er rechnete auf die Zukunft, auf den Zeitpunkt, wo sich Zoe noch mehr an seinen Umgang gewöhnen und noch mehr Vergangenes vergessen haben würde, um vielleicht schließlich selbst einzusehen, daß eine Verbindung mit ihm ein ganz vernünftiger Abschluß der Dinge wäre. Er that sich Gewalt an, nicht zudringlich zu scheinen, und dabei ließ er sie doch bei jeder Gelegenheit merken, daß der Gedanke an ihren Besitz derjenige war, der sein ganzes Streben in Anspruch nahm. Es schien, daß dies der richtige Weg war, den er eingeschlagen hatte, denn sie legte bald ihr scheues Wesen ab und zeigte sich geneigt, den alten Ton wieder anzuschlagen.

Beim Vater hatte er mittlerweile ein wenig auf den Strauch geklopft und nicht schwer ersehen, daß er im entscheidenden Falle einen starken Bundesgenossen an demselben hätte. Somit standen die Dinge verhältnismäßig gut — es hieß sich nur in Geduld fassen und Zeit gewinnen.

Da aber erhielt er eines Morgens einen Brief, der ihn aus seiner Ruhe aufscheuchte. Er hatte sich fast schon ganz in der Sicherheit gewiegt, daß Marcel wirklich in ein besseres Jenseits hinübergegangen war — und nun gab dieser plötzlich ein Lebenszeichen, erzählte ihm von einer glücklich überstandenen Todeskrankheit und fragte naiv, ob denn in der bewußten Angelegenheit noch immer keine Entscheidung getroffen worden sei . . . Sein erster Gedanke war der, diesen lästigen Korrespondenten einfach keiner Antwort zu würdigen, dann aber überlegte er es sich doch anders. Marcel konnte nun doch die Geduld verlieren und, wenn er von Cyžing kein Lebenszeichen erhielt, sich an jemand anderen wenden — und das wäre verfehlt gewesen. Dann, wenn einmal das erstrebte Ziel erreicht, wenn ihm Zoes Besitz sicher war, dann mochte der andere von Pontius zu Pilatus laufen. Dann mochte er ganz Bottenbrunn und Umgebung in Aufregung versetzen und der Welt sein Leid klagen, Cyžing konnte sich still ins Fäustchen lachen, denn er dachte nicht daran, in diesem Falle je wieder nach Mühldorf zurückzukehren. Man konnte sich hier oder im Süden weit besser sein Nest einrichten und auf eine Rückkehr für alle Zeiten verzichten. Aber Zeit, Zeit mußte man gewinnen, um alles noch zum gewünschten Abschluß zu bringen, ehe seine ganzen Machinationen entdeckt waren, was früher oder später wohl unvermeidlich geschehen mußte. Und darum schrieb er an Marcel jene nichtssagende Antwort, hoffend, der andere werde nun, da er sich so lange in sein Schicksal ergeben, auch jetzt noch geduldig ausharren.

Gleichzeitig ließ er ein Schreiben an seinen Vertreter in Wien abgehen, diesen beauftragend, einen Käufer für Mühldorf zu finden, und eine hohe Provision versprechend, wenn er den Verkauf im Laufe eines Monats zu stande brächte.

Aber ganz ruhig fühlte er sich nicht. Eine Ahnung sagte ihm, daß Marcel sich mit dieser Auskunft nicht auf lange würde vertrösten lassen, und er hatte richtig vermutet, denn bald langte dessen zweiter Brief an. Diesmal setzte er seine Antwort flüchtig auf und bat seine Cousine, dieselbe abzuschreiben, ohne sie weiter in die näheren Umstände einzuweihen, ja, ohne überhaupt die Person zu nennen, der das Schreiben bestimmt war. Er hielt dies für das einzige Mittel, sich auf einige Zeit Ruhe zu schaffen, denn Marcel sah hoffentlich ein, daß es abwarten hieß, bis sein Vertrauensmann körperlich kräftig genug war, um die Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Ein Erfolg war indes jetzt fraglich, und die Unruhe, die dieser zweite Brief in ihm wachgerufen, stieg von Minute zu Minute. Innerhalb einer kurzen Frist mußte sich die Sache unter allen Umständen entscheiden, und je länger diese Entscheidung hinausgeschoben wurde, um so gefährlicher für ihn.

(Fortsetzung folgt.)

K. Hoftheater. — Neustadt — Am 20. März: „Wallensteins Lager“. Vorspiel in einem Akt zur Wallensteindichtung: „Die Piccolomini“. Schauspiel in 5 Akten von Schiller.

Die besonders erfreuliche Seite bei diesen Vorstellungen, deren gute Einzelleistungen in verschiedenen Haupt- und Nebenrollen bekannt und mehrfach hervorgehoben sind, bestand in dem zahlreichen Besuch des Hauses und der regen Anteilnahme des Publikums. Dasselbe wird hoffentlich auch dem heutigen Schlusse der Wallensteindichtung getreu bleiben. Dieselbe hat für Dresden durch die Mitwirkung von Frl. Salbach, deren Darstellung der Thekla durch einen sicher gefärbten seelischen und mehr dramatischen Ausdruck gestiegen ist, einen neuen Reiz gewonnen. Theklas große um ihre Liebe und Willensfreiheit handelnde Scene mit der Terzky, bereitete erfreulich ihre Handlungsweise am Schluß von „Wallensteins Tod“ vor, eine psychologische Motivierung, die oftmals übersehen wird. Die Künstlerin that recht daran, der Überzeugung und Kraft des mächtigen Gefühls nicht durch die Schüchternheit des jungen Mädchens bei den Worten des Dichters Abbruch zu thun.

Den Octavio Piccolomini spielte Hr. Starcke als Gast. In dem Schauspiel ist dies vorläufig eine Rolle des Schweigens, die dann im Trauerspiel einige Steigerung erfährt. Der Gast, der schon vor längerer Zeit hier aufgetreten und besprochen ist, zeigte eine fleißige Auffassung seiner Aufgabe und entfaltete ein recht geschicktes Spiel. Doch das Wohlwollen gegen solche Leistung fordert die Bemerkung, daß in dieser Rolle ein Darsteller auf seiner Hut sein muß, um sich nicht durch intelligentes Motivieren zum Zuvielthun verleiten zu lassen. Dieser General soll sich weder im Äußeren gänzlich von den anderen unterscheiden, noch ist es im Geiste seiner Rolle, wenn er durch sein ganz besonderes in sich gekehrtes Wesen, durch fortwährende geheimnisvolle, scheue und argwöhnische Blicke den in alles eingeweihten Verräter merken läßt. Er kann mit Haltung und Tracht, mit Bart und Perrücke, mit Redeton und Mimik viel sparsamer sein, ohne sein Ziel zu verfehlen. O. B.

* In der Dresdner Musikschule fand gestern als fünfte Prüfungsaufführung im endenden dritten Schuljahre der Anstalt ein Solisten-Abend mit Orchester statt. Sämtliche Leistungen der Schüler und Schülerinnen waren recht erfreulich durch technisch glatte und musikalisch korrekte Behandlung der gestellten erheblichen Aufgaben und beweiskräftig für

SLUB
Wir führen Wissen.